

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 45

DIENSTAG, DEN 5. JUNI

2018

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzung der Bürgerschaft	1321	Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche im Bezirk Altona in der Straße Karl-Jacob-Straße . . .	1322
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1321	Vorschläge der Freien Träger der Jugendhilfe für die Nachwahl eines in der Mädchenarbeit erfahrenen, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Bergedorf	1322
Bestellungen gemäß § 8 Absatz 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes	1321	Vierte Änderung der Immatrikulationsordnung der Hochschule für Musik und Theater Hamburg . . .	1322

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 13. Juni 2018, um 13.30 Uhr statt.

Hamburg, den 5. Juni 2018

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 1321

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Planfeststellungsbehörde der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für den Neubau des Bahnüberganges 1239b in der Hovestraße eine Plangenehmigung beantragt. Gegenstand des Vorhabens ist der Neubau eines Bahnüberganges über das Stammgleis Hovestraße in Höhe des von der Firma Winner genutzten Grundstückes Nummern 67-69.

Nach der allgemeinen Vorprüfung nach § 7 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben aus folgenden wesentlichen Gründen abgesehen: Die Maßnahme wird im Bereich einer anthropogen überformten Eisenbahnbetriebsanlage durchgeführt. Die Schutzgüter Menschen und insbesondere die menschliche Gesundheit sind durch die Maßnahme nicht beeinträchtigt. Tiere und

Pflanzen sind infolge der anthropogenen Überformung und des herrschenden Verkehrs bzw. Betriebes im Bereich der Maßnahme regelmäßig nicht zu erwarten. Die Schutzgüter Boden und Wasser sind nicht beeinträchtigt, da die Maßnahme vollständig oberirdisch und nicht in Wassernähe durchgeführt wird. Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Luft und Klima kann trotz der Emissionen der Baumaschinen ausgeschlossen werden, da die Baumaßnahme kleinräumig und in einem sehr kurzen Zeitraum durchgeführt wird. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind nicht vorhanden. Kumulierungen mit anderen Vorhaben sind ebenfalls nicht zu befürchten.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVP aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Hamburg, den 24. Mai 2018

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 1321

Bestellungen gemäß § 8 Absatz 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes

Folgende Personen sind in den angegebenen Hamburger Kehrbezirken (KB) zum bevollmächtigten Bezirks-schornsteinfeger ab 1. Juni 2018 bestellt worden:

Im Bereich des Bezirkes Bergedorf:

KB 607 Bastian Seemann

Im Bereich des Bezirkes Harburg:

KB 706 Steffen Krüger

Die Bestellungen sind auf sieben Jahre befristet.

Hamburg, den 25. Mai 2018

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 1321

Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche im Bezirk Altona in der Straße Karl-Jacob-Straße

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) wird im Bezirk Altona, Gemarkung Klein Flottbek, Ortsteil 222, die etwa 2371 m² große, in der Straße Karl-Jacob-Straße liegende Wegefläche (Flurstück 646) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Pläne über den Verlauf der zu widmenden Fläche liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Foyer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen (schriftlich oder zu Protokoll) dort vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 28. Mai 2018

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1322

Vorschläge der Freien Träger der Jugendhilfe für die Nachwahl eines in der Mädchenarbeit erfahrenen, beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Bergedorf

Aus dem Jugendhilfeausschuss ist das in der Mädchenarbeit erfahrene beratende Mitglied (§ 3 Absatz 2 Nummer 3.11 AG SGB VIII) zum 25. April 2018 ausgeschieden, so dass eine Nachwahl durch die Bezirksversammlung (voraussichtlich am 28. Juni 2018) notwendig wird.

Wir suchen eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau, die bereit ist, ihre Erfahrungen als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss einzubringen.

Vorschlagsberechtigt für die Nachwahl sind alle im Bezirk wirkenden Freien Träger der Jugendhilfe. Wenn Sie von Ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch machen wollen, muss Ihre Mitteilung spätestens am 25. Juni 2018 beim Bezirksamt Bergedorf, Interner Service 1, Wentorfer Straße 38, 21029 Hamburg, eingegangen sein.

Die Vorschläge müssen Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Berufsbezeichnung, Rufnummer sowie die Vereins- oder Verbandstätigkeit enthalten. Beachten Sie bitte, dass die von Ihnen vorgeschlagenen entweder im Bezirk wohnen oder in der Jugendhilfe des Bezirks tätig sein müssen.

Hamburg, den 29. Mai 2018

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1322

Vierte Änderung der Immatrikulationsordnung der Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Vom 14. Februar 2018

Der Hochschulsenat der Hochschule für Musik und Theater Hamburg hat am 14. Februar 2018 gemäß § 85 Absatz 1 Nummer 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) in der Fassung vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 4. April 2017 (HmbGVBl. S. 99), die folgende Änderung der Immatrikulationsordnung der Hochschule für Musik und Theater Hamburg vom 20. April 2016 (Amtl. Anz. Nr. 55 vom 12. Juli 2016 S. 1201), zuletzt geändert am 10. Januar 2018 (Amtl. Anz. Nr. 19 vom 6. März 2018 S. 359), beschlossen:

Artikel I

§ 19 b wird wie folgt geändert:

„§ 19 b

Schwangere und stillende Studentinnen

(1) Die schwangere Studentin soll dem Studierendenbüro ihre Schwangerschaft und den voraussichtlichen Tag der Entbindung mitteilen, sobald sie weiß, dass sie schwanger ist. Eine stillende Studentin soll dem Studierendenbüro so früh wie möglich mitteilen, dass sie stillt. Auf Verlangen des Studierendenbüros soll eine schwangere Studentin als Nachweis über ihre Schwangerschaft den Mutterpass vorzeigen.

Die Hochschule hat die Pflicht, die Aufsichtsbehörde (Amt für Arbeitsschutz) unverzüglich zu benachrichtigen, wenn eine Studentin ihr mitgeteilt hat, dass sie schwanger ist oder dass sie stillt.

(2) Studentinnen, die während des Studiums schwanger sind oder werden, dürfen sechs Wochen vor der Entbindung (Schutzfrist vor der Entbindung) und acht Wochen nach der Entbindung (Schutzfrist nach der Entbindung) nicht zur Teilnahme an der hochschulischen Ausbildung (Unterricht, Prüfungen u. a.) verpflichtet werden. Im Übrigen gelten die Regelungen in §§ 3 ff. zum Verbot der Nachtarbeit, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit nach dem Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium.

(3) Hinsichtlich des Verbots der Teilnahme am Studienbetrieb (Schutzfrist vor und nach der Entbindung, am frühen Abend und an Sonn- und Feiertagen) kann die Studierende sich zur Teilnahme ausdrücklich bereit erklären. Die Studentin kann ihre Erklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

(4) Die Hochschule hat die Studentin für die Zeit vom Unterricht und von Prüfungen sowie von anderen Pflichtveranstaltungen freizustellen, die zur Durchführung der Untersuchungen bei Schwangerschaft und Mutterschutz erforderlich sind.

(5) Die Hochschule hat sicherzustellen, dass die schwangere oder stillende Studentin den Unterricht oder die Prüfungen soweit es für sie erforderlich ist, kurz unterbrechen kann. Die Hochschule hat darüber hinaus sicherzustellen, dass sich die schwangere oder stillende Studentin während der Pausen und Arbeitsunterbrechungen unter geeigneten Bedingungen hinlegen, hinsetzen und ausruhen kann.

(6) Die Hochschule hat eine stillende Studentin auf ihr Verlangen während der ersten zwölf Monate nach der Entbindung für die zum Stillen erforderliche Zeit vom Unter-

richt und von Prüfungen sowie von anderen Pflichtveranstaltungen freizustellen.

(7) Im Rahmen der Beurteilung der Ausbildungsbedingungen hat die Hochschule für die Ausbildung

1. die Gefährdungen nach Art, Ausmaß und Dauer zu beurteilen, denen eine schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind ausgesetzt ist oder sein kann, und
2. unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Beurteilung der Gefährdung nach Nummer 1 zu ermitteln, ob für eine schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind voraussichtlich
 - a) keine Schutzmaßnahmen erforderlich sein werden,
 - b) eine Umgestaltung der Ausbildungsbedingungen erforderlich sein wird,
 - c) eine Fortführung der Ausbildung an der Hochschule nicht möglich sein wird.

Sobald eine Studentin der Hochschule mitgeteilt hat, dass sie schwanger ist oder stillt, hat die Hochschule unverzüglich die nach Maßgabe der Gefährdungsbeurteilung nach Satz 1 erforderlichen Schutzmaßnahmen festzulegen.

Die Studentin darf die Ausbildung nur in dem Rahmen der für sie getroffenen Schutzmaßnahmen fortführen.

(8) Im Übrigen gelten die Regelungen des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium.“

Artikel II

Die Änderung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft und gilt für Studierende ab 1. Januar 2018.

Hamburg, den 14. Februar 2018

Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Amtl. Anz. S. 1322

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

Module in der Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen „Zukunft Jetzt! Entdecke deine Stärken“ und „Zukunft Jetzt!“

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 41, 22083 Hamburg, Deutschland

- 2) Verfahrensart
Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Entfällt
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Module in der Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen „Zukunft Jetzt! Entdecke deine Stärken“ und „Zukunft Jetzt! Entdecke deine Stärken“ – IVK–ESA/ IVK–MSA sowie „Hamburger Werkstatttage 8“ und „Hamburger Werkstatttage 8“ – IVK–ESA/IVK–MSA.

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) als Auftraggeber (AG) schreibt für die Servicestelle BOSO (Berufs- und Studienorientierung in Hamburg) den Abschluss eines Vertrages über Module in der Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen aus. Ziel dieser Ausschreibung ist es, geeignete Auftragnehmer (AN) zu finden, die im Rahmen der prozessorientierten Hamburger Potenzialanalyse (pHP)

- a) im Jahrgang 8 an Hamburger allgemeinbildenden Schulen „Zukunft Jetzt! Entdecke deine Stärken“ und „Hamburger Werkstatttage 8“

und

- b) in Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK–ESA und IVK–MSA) „Zukunft Jetzt! Entdecke deine Stärken“ – IVK–ESA und IVK–MSA und „Hamburger Werkstatttage 8“ – IVK–ESA und IVK–MSA

anbieten und umsetzen.

Ort der Leistungserbringung: Diverse Hamburg

- 6) Entfällt
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 16. August 2018 bis 26. Juni 2019
Schuljahr 2018/19
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=pAX3NlpKhuc%3d>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
14. Juni 2018, 12.00 Uhr
Bindefrist: 31. August 2018
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt
Siehe Vergabeunterlagen
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Freie Verhältniswahl Preis/Leistung

Hamburg, den 24. Mai 2018

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

546

Öffentliche Ausschreibung**Vergabenummer: 18 A 0172**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **18 A 0172**
Straßenbau- und Entwässerungsarbeiten
4121 K 0925 Optimierung Brandschutz Geb. 18
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden elektronische Angebote ohne elektronische Signatur (Textform) akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Bundeswehrkrankenhaus, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
300 m² Tragschicht aufnehmen, abfahren
165 m² Betonsteinpflaster inkl. Tragschicht liefern, verlegen
150 m² Betongehwegplatten inkl. Tragschicht liefern verlegen
55 m Betonhochborde liefern und einbauen
60 m Rohrleitungsgraben 1,25m – 4,5 m tiefe herstellen, inkl. Rohrleitung KG DN 150/200
1 Schachtbauwerke, Beton, DN 1000, Schachttiefe 5 m, liefern und einbauen
Rückstausicherungsschacht, Kunststoff, DN 1000, Schachttiefe 1,5 m, liefern und einbauen
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 20. August 2018
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
14. September 2018
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D432449102>
bereit.
Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
12. Juni 2018, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a), Raum 8.01
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: Keine
- v) Ablauf der Bindefrist: 10. Juli 2018
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt
vergabestelle@bba.hamburg.de
Hamburg, den 23. Mai 2018
Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 18 A 0110

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49 (0)40/4 28 42-2 00,
 Telefax: + 49 (0)40/4 27 92-12 00
 E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
 Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
 Vergabe: **18 A 0110**
Metallbauarbeiten – Brandschutzelemente
 84113 B 2018 TM2 Reichspräsident Ebert Kaserne
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
 Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
 Es werden elektronische Angebote ohne elektronische Signatur (Textform) akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
 Reichspräsident Ebert Kaserne,
 Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
 2 Stck. RS Türanlagen Alu. 1,75 x 2,06 m
 2 Stck. T30 RS Türanlagen 3,65 x 2,07 m
 1 Stck. RS Türanlagen 3,67 x 2,26 m
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung:
 spätestens 5 Werktage nach Auftragschreiben
 Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
 10. August 2018 für die RS-Türanlagen,
 10. Oktober 2018 für die T30-RS Türanlagen.
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
 Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D432499149>
 bereit.
 Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
 Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
 Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
 Deutsch
- q) Angebotseröffnung: 13. Juni 2018, 11.00 Uhr,
 Ort: siehe Buchstabe a), Raum 8.01

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
 Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmern präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmern sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmern in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: Keine

- v) Ablauf der Bindefrist: 13. Juli 2018
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
 Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49/(0)40/4 28 42-450
- x) Sonstige Angaben:
 Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt
vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 24. Mai 2018

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

548

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 18 A 0212

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49 (0)40/4 28 42-2 00,
 Telefax: + 49 (0)40/4 27 92-12 00
 E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **18 A 0212**
Bodenbelagsarbeiten
84114 B 2018, TM00001 Erneuerung Bodenbeläge in Seminarräumen
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
Es werden elektronische Angebote ohne elektronische Signatur (Textform) akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Douaumont-Kaserne,
Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
18 A 0212 Bodenbelagsarbeiten
1.050 m² Erneuerung von Bodenbelägen in Geb.
H1 – Seminarräume 300er/400er Bereiche
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 2. Juli 2018
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
31. August 2018
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem Link:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D432549188>
bereit.
Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
14. Juni 2018, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a), Raum 8.01
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: Keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 13. Juli 2018
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
Hamburg, den 29. Mai 2018
Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 18 A 0213

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 200,
Telefax: + 49(0)40/4 27 92 - 1200
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **18 A 0213**
Tischler Innentüren
4114 G 1001 HSU Sanierung Wohngebäude 6
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

- Es werden elektronische Angebote ohne elektronische Signatur (Textform) akzeptiert.
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Helmut-Schmidt-Universität,
Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Im Rahmen der Kernsanierung des Unterkunftsgebäudes W6 entstehen auf einer BGF von ca. 2.874m² und BRI 17.585 m³ insgesamt 93 Stück neue Unterkunfts-räume zzgl. Aufenthalts-/Technikräume und Nebenflächen.
Inhalt der Ausschreibung sind Tischlerarbeiten für 102 Stück 1-flügelige Innentüren mit unterschiedlichen Maßen und Anforderungen. Die Umfassungszargen werden als Stahlblechzargen ausgeführt und die Türblätter als Vollspan-Türblätter mit HPL-Oberflächenbeschichtung, zzgl. Drückergarnituren und teilweise Obentürschließer.
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn der Ausführung: 6. August 2018
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
17. Mai 2019
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Die elektronischen Vergabeunterlagen liegen bei bi-online.de zum kostenlosen Download unter dem bilink:
<https://service.bi-online.de/tenderdocuments/D432559202>
bereit.
Eine kostenlose Registrierung wird empfohlen, um automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen oder über Fragen zum Vergabeverfahren informiert zu werden.
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: Entfällt, siehe Buchstabe k) Anforderung der Vergabeunterlagen.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
14. Juni 2018, 11.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a), Raum 8.01
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: Keine

- v) Ablauf der Bindefrist: 13. Juli 2018

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

- x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt

vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 30. Mai 2018

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbaubehörde –

550

Offenes Verfahren (EU)(VgV)

Verfahren: 20182130002 – Rahmenvertrag über die Lieferung und Ausgabe der Verpflegung in der Rückführungseinrichtung

Auftraggeber: Behörde für Inneres und Sport – Polizei –

- 1) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Behörde für Inneres und Sport – Polizei –
VT 112 (Submissionstelle)
Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg

- 2) Verfahrensart

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

- Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Entfällt
 - 5) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistungserbringung
Rahmenvertrag über die Lieferung und Ausgabe der Verpflegung in der Rückführungseinrichtung
Ort der Leistungserbringung: 22453 Hamburg
 - 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose
Los 1: Mahlzeiten und Ausgabe
Los 2: Los Getränke
Los 3: Optionen
 - 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
 - 8) Entfällt
 - 9) Die elektronische Adresse unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können
www.bieterportal.hamburg.de
 - 10) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
19. Juni 2018, 14.00 Uhr
Bindefrist: 19. Juli 2018
 - 11) Entfällt
 - 12) Entfällt
 - 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt
Siehe Vergabeunterlagen
 - 14) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Niedrigster Preis.

Hamburg, den 18. Mai 2018

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

551

Offenes Verfahren (EU)(VgV)

Verfahren: 2018211253 – Lieferung von 31 Stück Funkstreifenkrädern an die Polizei Hamburg

Auftraggeber: Behörde für Inneres und Sport – Polizei –

- 1) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Behörde für Inneres und Sport – Polizei –,
VT21 (Submissionsstelle),
Mexikoring 33, 22297 Hamburg
- 2) Verfahrensart
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
- 4) Entfällt

- 5) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistungserbringung
Lieferung von 31 Stück Funkstreifenkrädern an die Polizei Hamburg
Fest zugesagt wird die Bestellung von 10 Fahrzeugen im Jahr 2019. Die Abnahme der weiteren 21 Fahrzeugen im Jahr 2019 oder in den Jahren 2020 und 2021 steht unter dem Vorbehalt entsprechender verfügbarer Haushaltsmittel, die zwar bereits beantragt, aber parlamentarisch noch nicht genehmigt wurden.
Weiterhin besteht unter dem Vorbehalt entsprechender verfügbarer Haushaltsmittel, die zwar bereits beantragt, aber parlamentarisch noch nicht genehmigt wurden die Möglichkeit, dass die Lieferung aller Funkstreifenkräder noch für das Jahr 2018 beauftragt werden könnte. Hierzu wird nach Möglichkeit mit dem Angebot ein entsprechender Angebotspreis einschließlich der Angabe des spätest möglichen Bestellzeitpunktes nach dem 31. Juli 2018 erwartet.
Ort der Leistungserbringung: 22297 Hamburg
- 6) Entfällt
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2021.
Siehe Nummer 1.1 der Leistungsbeschreibung.
- 9) Die elektronische Adresse unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können
www.bieterportal.hamburg.de
- 10) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
25. Juni 2018, 23.59 Uhr,
Bindefrist: 26. September 2018
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt
Siehe Vergabeunterlagen.
- 14) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Wirtschaftlichstes Angebot:
UfAB VI: Einfache Richtwertmethode

Hamburg, den 29. Mai 2018

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

552

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

Leerung von Parkscheinautomaten inkl. Transport, Zählung, und Einzahlung

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
Finanzbehörde Hamburg
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
- 2) Verfahrensart
Offenes Verfahren (EU) [VgV]

- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Entfällt
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung
Leerung von Parkscheinautomaten inkl. Transport, Zählung, und Einzahlung.
Die Finanzbehörde beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Leerung von Parkscheinautomaten inkl. Transport, Zählung und Einzahlung des Geldes. Nach Vertragsschluss übernimmt der Landesbetrieb Verkehr die Bewirtschaftung des Vertrages.
Ort der Leistungserbringung: Hamburg
- 6) Entfällt
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Vom 1. September 2018 bis 31. August 2020 mit der Option den Vertrag viermal um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern.
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=yDS17i5FhG4%3d>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 7. Juni 2018, 10.00 Uhr
Bindefrist: 31. August 2018
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Entfällt
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
Niedrigster Preis.

Hamburg, den 28. Mai 2018

Die Finanzbehörde

553

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

- I.3) **Kommunikation**
Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:
<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Kommunalbehörde
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
SBH VgV VV 002-18 PP – Erweiterungsbau für das Gymnasium Lerchenfeld am Standort Lerchenfeld 10 in Hamburg; Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI
Referenznummer der Bekanntmachung:
SBH VgV VV 002-18 PP
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
71240000
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1.1.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzfläche etwa 3,1 Mio. m².
In dieser Tätigkeit wurde SBH von der BSB mit einem Neubau für das Gymnasium Lerchenfeld beauftragt.
Im Weiteren siehe II.2.4.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
Wert ohne MwSt.: 6.130.000,- Euro
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE6

Hauptort der Ausführung:
Gymnasium Lerchenfeld,
Lerchenfeld 10, 22081 Hamburg.

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Entworfen und geplant wurde die Oberschule für Mädchen durch Albert Erbe. Im Jahr 1908 begannen die Bauarbeiten und 1910 wurde die Schule übergeben. 1921–1935 wurde ein pädagogisches Seminar für Lehramtsanwärterinnen angeschlossen. Ab 1922 bis 1937 war der Standort eine Mädchen-Oberrealschule, ab 1958 ein Gymnasium für Mädchen. 1970 wurde der Standort ein Gymnasium zur Unterrichtung von Jungen und Mädchen. Heute wird die Schule fünfzünftig geführt.

Auf dem innerstädtischen Grundstück befindet sich das viergeschossige Unterrichts- und Verwaltungsgebäude mit 3550 m² NGF. Das Hauptgebäude ist voll unterkellert mit 3 Vollgeschossen und einem nicht ausgebauten Dachraum. Mit der derzeit in baulicher Realisierung begriffenen Sanierung ist das Büro Dohse Architekten aus Hamburg beauftragt. Das vorgenannte Büro ist von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen.

Auf dem Gelände befinden sich zudem 2 zweigeschossige Klassengebäude und 2 Einfeld-Sporthallen. Für das hier erforderliche Baufeld werden der zweigeschossige Pavillon, ein eingeschossiger Musikpavillon, eine eingeschossige Kantine und das Hausmeisterwohnhaus im Vorfeld der Maßnahme abgerissen.

Standortprägend ist neben den Gebäuden der Baumbestand, insb. ein großer Ahorn-Baum in der Mitte des Schulhofs. Gebäude und Standort stehen nicht unter Denkmalschutz, jedoch ist im Kontext der benachbarten Gebäude Hammonia-Bad, Hochschule Für Bildende Künste HFBK, U-Bahnhof Mundsburg und Hochhäuser der Mundsburg Sensibilität gefordert.

Das gegenwärtige Schulgelände überlagert im östlichen Bereich die ehemalige und historische Verbindung der Straßenzüge Birkenau und Finckenau. In diesem Bereich wird durch die Sporthallen die Wegeverbindung und der Sichtbezug zur sanierten und als Mediocampus der HAW ausgebauten ehemaligen Frauenklinik unterbrochen. Diese Unterbrechung ist städtebaulich nicht gewünscht und soll langfristig wieder hergestellt werden.

Im Neubau sollen ca. 3134 m² Hauptnutzfläche realisiert werden, 2014 m² Unterrichts- und Gemeinschaftsflächen, 450 m² Mensa und 670 m² Ersatzflächen für die zuvor abgerissenen Gebäude. Hierfür wurde eine Machbarkeitsstudie durch das Büro Michael Dahm aus Hamburg erstellt. Das vorgenannte Büro ist von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen.

Das vorläufige Gesamtinvestitionsvolumen für die Maßnahme beträgt ca. 6,13 Mio. Euro netto für die Kostengruppen 300 – 400 gem. DIN 276. Der Betrag ist als Kostenobergrenze zu verstehen und wird Bestandteil des Vertrages.

Das Bauvorhaben findet im laufenden Schulbetrieb statt, soll vor den Sommerferien 2020 beginnen und im Jahr 2022 enden. Planung und Aus-

führung werden in engem Kontakt mit der Schulleitung durch den AG abgestimmt.

Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens sollen die ausgewählten Bieter gem. § 76 (2) VgV eine Lösungsskizze, in Form einer Machbarkeitsstudie für den Erweiterungsneubau des Gymnasiums Lerchenfeld, erstellen.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 Objektplanung gemäß § 34 ff HOAI,
- Leistungsphase 3 bis 9 Objektplanung gemäß § 34 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen).

Vertreter der Oberbaudirektion, Vertreter des Bezirks sowie die externe Projektsteuerung nehmen ggf. in beratender Funktion bzw. in der Funktion eines Sachverständigen an der Bewerberauswahl und/oder der Angebotsverhandlung teil.

Die AG-seitige Projektsteuerung wird zurzeit durch das Büro tun-architektur, Hamburg, unterstützt. Das vorgenannte Büro ist von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren ausgeschlossen.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH aus Hamburg unterstützen und beratend begleiten.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 10

Qualitätskriterium – Name:
Lösungskonzept/Gewichtung: 40

Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 20

Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 5

Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10

Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 15

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 576.000,- Euro

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 69

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2012) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-7 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Auftraggeber, welche/s nach dem Abschluss der beauftragten Leistung ausgestellt wurde (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 30 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphase 3 bis 9 Objektplanung gemäß § 34 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen),
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG (ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerberbogen,
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie),
- Anlage 1B: Erklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck),
- Anlage 1C: Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen (Vordruck),
- Anlage 1D: Erklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck),
- Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck),
- Anlage 1F: Erklärung zu einer Fortbildung mit dem Schwerpunkt Vergaberechtsreform VOB mind. A/B/C (Vordruck);
- Anlage 1G: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1H: Angaben zu Auftrags teilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- Anlage 1I: Erklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck),
- Anlage 1J: Erklärung über die Leistungsbe reitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck),
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie), bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2,
- Anlage 3A1: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie),
- Anlage 3A2: Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung (Kopie),

- Anlage 3C1/3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Objektplanung gem. § 33 ff HOAI (siehe II.2.9, III.1.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen.

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen:

[http://www.hamburg.de/
lieferungen-und-leistungen/](http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/)

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in Teilnahme- noch in Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung wird nicht zurückgesandt. Der einzureichende Teilnahmeantrag ist nur mit der originalen Unterschrift (keine Scans, Kopien o.ä.) eines unterschreibungsberechtigten Vertreters gültig.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Bescheinigung des Versicherers (nicht älter als 12 Monate) über die Bereitstellung der Deckungssummen (mind. 2,5 Mio. EURO für Personenschäden, mind. 1,5 Mio. EURO für sonstige Schä-

den). Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Mit den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfall eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 400.000 EUR (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Architekt/-innen gem. § 75 (1) VgV;

B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur (mindestens FH);

C) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff. HOAI:

Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 01.01.2012) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leis-

tungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der NUF nach DIN 277, der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Aus den eingereichten Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten drei Jahre. Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI sind mind. 4 festangestellte Architekten oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

E) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 34 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
Tag: 18. Juni 2018, 14.00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Bewerbungsunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form ebenfalls auf der vorgenannten Plattform sowie auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/vgv-ausschreibungen/>

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Während der Angebotsphase werden „Fragen und Antworten“ nur in anonymisierter Form per E-Mail übermittelt. Die Aufforderung zur finalen Angebotsabgabe gem. § 17 VgV erfolgt ebenfalls per E-Mail.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 27./28. KW 2018; Einreichung der Honorarangebote 32./33. KW 2018; Verhandlungsgespräche 34./35. KW 2018.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, Hamburg 21109,
Deutschland
Telefax: +49/40/42731-0499

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

- 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

18. Mai 2018

Hamburg, den 23. Mai 2018

Die Finanzbehörde

554

Offenes Verfahren

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
Vergabenummer: **SBH VOB OV 060-18 PF**
Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Neubau 2-Feld-Halle mit Klassen und Ganztagesbereich,
Klosterstieg 17 in Hamburg-Eimsbüttel

Bauauftrag: Estrich

Auftragswert ohne MwSt: 90.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

ca. März 2020 bis Mai 2020

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:

26. Juni 2018 um 10.00 Uhr.

Kontaktstelle:

SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: 040/42731-0143

Antworten finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „Link“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>.

Ein Versand der „Fragen & Antworten“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.

Hamburg, den 18. Mai 2018

Die Finanzbehörde

555

Offenes Verfahren

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
Vergabenummer: **SBH VOB OV 062-18 PF**
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Neubau der Stadtteilschule Lurup Flurstraße 15
in Hamburg-Altona
Bauauftrag: Balkonbelag
Auftragswert ohne MwSt: 129.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
ca. Dezember 2018 bis Januar 2019

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:
20. Juni 2018 um 10.00 Uhr.

Kontaktstelle:

SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefax: 040/42731-0143

Antworten finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „Link“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>.

Ein Versand der „Fragen & Antworten“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.

Hamburg, den 18. Mai 2018

Die Finanzbehörde 556

Offenes Verfahren

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB OV 063-18 PF**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Neubau der Stadtteilschule Lurup Flurstraße 15 in Hamburg-Altona

Bauftrag: Abdichtung Balkone

Auftragswert ohne MwSt: 359.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

ca. August 2018 bis Januar 2019

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:

20. Juni 2018 um 10.00 Uhr.

Kontaktstelle:

SBH | Schulbau Hamburg

Einkauf/Vergabe

vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

Antworten finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <http://www.hamburg.de/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „Link“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>.

Ein Versand der „Fragen & Antworten“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Ver-

gabe, sofern Sie als Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.

Hamburg, den 18. Mai 2018

Die Finanzbehörde 557

Betreiben von Beach Clubs auf dem Parkdeck Bei den St. Pauli Landungsbrücken inkl. Winternutzung durch Lagerung

Die Ausschreibung wird wegen einer Änderung zur künftigen Nutzung der Fläche aufgehoben.

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte behält sich vor, bei einer erneuten Änderung der Voraussetzungen erneut auszuschreiben.

Hamburg, den 18. Mai 2018

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte 558

Bekanntmachung (national)

- a) Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezentrat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Caffamacherreihe 1-3, 20355 Hamburg
Telefon: +49/40/4 28 54 - 34 30
Telefax: +49/40/4 27 90 - 15 39
E-Mail: ausschreibungsstelle4@hamburg-mitte.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der VOB/A.
Vergabenummer: **M/MR B6T-19/2018**
- c) Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.
- d) Ausführung von Bauleistungen.
- e) Fahrbahnmarkierungen im gesamten Stadtgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg.
- f) Rahmenvertrag zur Herstellung von Straßenmarkierungen, Fahrbahnmarkierungen, Sperrflächen, Signaturen usw., 81 Einzelpositionen, Vertragslaufzeit für 2 Jahre.
Wesentliche Leistungen:
 - 130.000 m Vormarkierung herstellen
 - 25.000 m Längsmarkierung Typ II, Heißplastikmasse herstellen
 - 6.000 m Quermarkierung Typ II, Radfahrerfurt herstellen
- g) Entfällt
- h) nein
- i) Beginn der Ausführung (sofern möglich): nach gesonderter Beauftragung aus dem Rahmenvertrag
Fertigstellung oder Dauer der Ausführung: nach Festlegung gesonderten Einzelaufträgen
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge:
19. Juni 2018

Anschrift, an die die Anträge zu richten sind:

Bezirksamt Hamburg-Mitte,
Dezentrat Wirtschaft, Bauen und Umwelt,
Ausschreibungsstelle,
Caffamacherreihe 1-3, 20355 Hamburg

1336

Dienstag, den 5. Juni 2018

Amtl. Anz. Nr. 45

Der Teilnahmeantrag ist nach Maßgabe des Buchstaben c) im verschlossenen Umschlag (bzw. elektronisch) mit korrekter Auftragsbezeichnung des Auftraggebers einzureichen.

Der Teilnahmeantrag muss etwaige durch Nachunternehmer auszuführende Leistungen angeben. Auf gesondertes Verlangen sind dazu Nachweise und Angaben zum von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen.

- n) Entfällt
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:
siehe Buchstabe m)
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.
- r) Geforderte Sicherheiten: keine
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nach-

unternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.

Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.

Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist zusammen mit dem Teilnahmeantrag unterschrieben vorzulegen.

- v) Entfällt
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt,
Dezernent D4
Caffamacherreihe 1-3, 20355 Hamburg
- x) Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Hamburg, den 17. Mai 2018

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

559

Sonstige Mitteilungen

Offenes Verfahren

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Vergabenummer: **GMH VOB OV 022-18 AS**
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Sanierung einer Schule am Standort Neumoorstück,
Hamburg
Bauftrag: Metallbau
Auftragswert ohne MwSt: 207.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
ca. August 2018 bis Oktober 2019 in Abschnitten
Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge:
3. Juli 2018, 10.00 Uhr
Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Einkauf@gmh.hamburg.de
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43
Die Bekanntmachung sowie die Ausschreibungsunterlagen und Auskunftserteilungen finden Sie auf der zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>
Die Bekanntmachung und Auskunftserteilungen erreichen sie unter:

[http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen/
bauausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/ausschreibungen/bauausschreibungen.html)

Hamburg, den 28. Mai 2018

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 560

Gläubigeraufruf

Der Verein **transparens e.V.** ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation. Zu Liquidatoren wurden Herr Bodo Marks und Frau Shelina Marks, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche gegen den Verein bei den Liquidatoren anzumelden.

Hamburg, den 2. Mai 2018

Die Liquidatoren

561

Gläubigeraufruf

Der Verein **Landsmannschaft Berlin – Mark Brandenburg, Landesverband Hamburg e.V.** mit Sitz in Hamburg (Amtsgericht Hamburg, VR 4828), ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei ihm zu melden.

Hamburg, den 16. Mai 2018

Die Liquidatorin

562